



<https://blz.li/46oz>

WIE STEHT ES UM DEN WOHNUNGSMARKT IN LAATZEN?

Veröffentlicht am 19.04.2016 um 12:36 von Redaktion LeineBlitz

Die Fraktionen der CDU, der FDP und des Bündnis

21-RRP haben sich mit dem Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke zur Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft in einer ersten Gesprächsrunde auseinandergesetzt. . "Das Thema erfordert aber eine ausführliche Diskussion mit allen Betroffenen und Beteiligten und kann nicht mit einem Schnellschuss innerhalb von fünf Tagen erledigt werden", sagte der stellvertretende Gruppensprecher Gerhard Klaus von der FDP. Zunächst müssen die Fakten über die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Laatzen ermittelt werden, bevor man an eine längerfristige Lösung gehe. "Der Bedarf an Sozialwohnungen in den nächsten Jahren für die Laatzen Bevölkerung und für die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft müssen erhoben beziehungsweise geplant werden", bemerkte der CDU-Fraktionsvorsitzende Winfried Meis. Zur Vorbereitung hatte die Gruppe eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet, um mehr Informationen über den aktuellen Stand auf dem Wohnungsmarkt in Laatzen zu erhalten. Außerdem wollte die Gruppe mehr über die Konsequenzen der Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft erfahren. Die Rolle und die Aktivitäten der in Laatzen tätigen Wohnungsbaugesellschaften muss dabei nach Meinung der Gruppe mit einbezogen werden. Die Gründung einer neuen Wohnungsbaugesellschaft, wie sie die SPD und die Grünen beantragen, sei nicht die richtige Lösung, da sie noch keine neuen Wohnungen bringt. Auch die Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Frage zeige, dass der Bau von Sozialwohnungen durch eine städtische Gesellschaft finanziell nicht umsetzbar wäre. Vielmehr müsse nach Meinung der Gruppe der Rat und die Verwaltung ihr Augenmerk auf die Ausweisung neuer Flächen für den Geschosswohnungsbau in Laatzen legen. "Auch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Staat muss verbessert werden, damit die Wohnungsbaugesellschaften entsprechend preislich passende Wohnungen erstellen können", ergänzte Winfried Meis von der CDU. Die Gruppe CDU, FDP und Bündnis 21-RRP beantragt daher, bei der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Vermögen ausschließlich über das Thema Wohnungsbau in Laatzen zu sprechen, um die Sachlage zu erfassen, Betroffene anzuhören. Darauf aufbauend können dann Lösungen entwickelt werden." "Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren Wohnungen und die langfristige Unterbringung der bleibeberechtigter Flüchtlinge in unserer Stadt sind viel zu wichtig, als dass man sie mit einem Schnellschuss und durch Gründung einer neuen Wohnungsbaugesellschaft lösen kann", sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Gerhard Klaus. Die in Laatzen bereits tätigen Wohnungsbaugesellschaften können auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen und sind daher besser in der Lage, die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Laatzen zu verbessern, wenn Flächen durch den Rat zur Verfügung gestellt werden.